

Märkische Linke

Zeitung der LINKEN für Ostprignitz-Ruppin

Januar/Februar 2019

01/2019

Politikverdrossenheit - nein danke!

Mit 42 Kandidat*innen in den Wahlkampf

Am 19. Januar 2019 kamen in Kyritz die Mitglieder des Kreisverbandes der LINKEN aus Ostprignitz-Ruppin zusammen, um die Listen ihrer Kandidaten und das Wahlprogramm für die Wahl des Kreistages zu beschließen. Der Kreisvorsitzende Paul Schmudlach sagte dazu unter anderem: » Wir können stolz auf das sein, was wir heute beschließen werden. Schon vor über einem halben Jahr haben wir auf der ersten Aktivenkonferenz damit begonnen, Schwerpunkte und Forderungen zu erarbeiten, die sich in unserem Programmwurf wiederfinden. Was uns dabei sehr wichtig war, jede Genossin und jeder Genosse hatte die Möglichkeit, durch Einreichen von Änderungsanträgen Einfluss auf den Entwurf zu nehmen. Diese Möglichkeit wurde rege genutzt, über 90 kleine und größere Änderungsvorschläge sind eingegangen - das nenne ich eine Mitmachpartei.

Vieles davon konnte schon eingearbeitet werden, über die noch offenen Vorschläge werden wir heute noch abstimmen. Am Ende, so denke ich, werden wir nicht nur ein gutes Angebot an die Wählerinnen und Wähler haben, sondern auch einen Leitfaden für unsere nächste Kreistagsfraktion, an dem sie sich die nächsten fünf Jahre orientieren kann.

Mein besonderer Dank gilt all denen, die es möglich gemacht haben, dass wir heute ein Programm vor uns zu liegen haben, das vom öffentlichen Personennahverkehr bis hin zu lebenslangem Lernen vieles beinhaltet, was auf kommunaler

Ebene die Menschen bewegt. Mit diesem Programm können wir in einen hoffentlich erfolgreichen Wahlkampf ziehen, um auch weiterhin die soziale Kraft für die Menschen in OPR zu bleiben, die dieser Landkreis weiterhin so dringend braucht.«

Unsere Kandidaten für den Kreistag

Wahlkreis 1 (Neuruppin)

1. Ronny Kretschmer, 43, Krankenpfleger
2. Cornelia Böhme, 48, Lehrerin
3. Jenny Salzwedel, 23, Heilerziehungspflegerin
4. Paul Schmudlach, 27, Erzieher
5. Andrea Behnke, 36, Zahnarthelferin
6. David Hölker, 27, Verwaltungsfachangestellter
7. Ilona Reinhardt, 70, Rentnerin
8. Rudolf Brendler, 69, Rentner
9. Carina Weichert, 24, Azubi
10. Joachim Behringer, 68, Rentner
11. Marion Wenzel, 60, Pflegerin
12. Thomas Herlitz, 38, Verkäufer
13. Nicole Tornow, 43, Sozialpädagogin

Wahlkreis 2 (Fehrbellin, Lindow, Rheinsberg, Temnitz)

1. Ines Nowack, 56, Kita-Leiterin
2. Christian Scherkenbach, 60, Arzt
3. Paul Kurzke, 28, Bauingenieur
4. Bernd Edelberg, 56, Gerätetechniker
5. Egbert Nowack, 64, Selbständiger
6. Markus Kaiser, 33, Erzieher

Wahlkreis 3 (Kyritz, Neustadt, Wusterhausen)

1. Kirsten Tackmann, 58, Tierärztin
2. Justin König, 20, Student
3. Rita Büchner, 63, Sonderpädagogin
4. Marco Redel, 39, Lehrer
5. Anette Bock, 65, Dipl.-Ing. Hochbau
6. Hartmut Buschke, 65, Funkmech.
7. Gritta Herzberg, 59, Finanzberaterin



8. Raffael Eichmann, 30, Grünanlagenbau
9. Marita Köhn, 64, Heimerzieherin
10. Maren-Sigrid Schulz, 67, Dipl.-Lehrerin

Wahlkreis 4 (Wittstock, Heiligengrabe)

1. Dieter Groß, 70, Rechtsanwalt
2. Angelika Noack, 62, Lehrerin
3. Sylvia Zienecke, 61, Milcherzeugerberaterin
4. Enrico Remter, 33, Ausbilder
5. Kerstin Zillmann, 55, Gedenkstättenmitarbeiterin
6. Benjamin Kremp, 41, Verwaltungsfachangestellter
7. Andreas Bergmann, 55, GF Landschaftspflegeverband
8. Christian Niemann, 26, Küchenverkäufer
9. Jürgen Kontak, 63, Schlosser
10. Christian Richter, 44, Wahlkreismitarbeiter
11. Hagen Hoffmann, 61, Dipl.-Philosoph
12. Guido Heller, 64, Baufacharbeiter
13. Fabian Kremp, 28, Servicetechniker

Nach langer und intensiver Diskussion wurde das Kreiswahlprogramm

»Für eine friedliebende und antifaschistische Region, die Perspektiven für alle schafft!« einstimmig beschlossen.

Jürgen Schubert

(Das komplette Wahlprogramm finden sie auf unserer Internetseite unter Kommunalwahl).



Unser Glückwunsch

allen Großmüttern, Müttern,
Frauen und Mädchen,
allen Leserinnen unserer
»Märkischen Linken«

zum Internationalen Frauentag!

Kirsten Tackmann lädt ein!

Die traditionelle Frauentagsmatinee unserer Bundestagsabgeordneten findet am

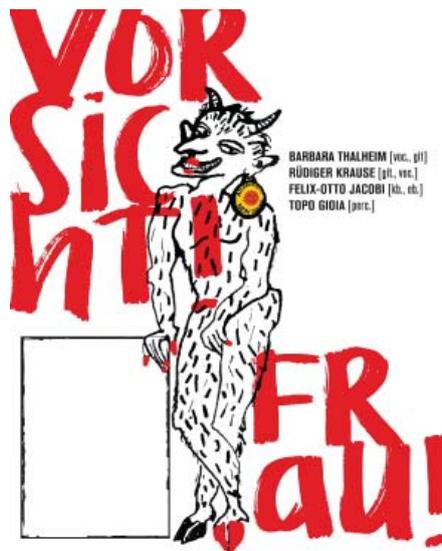
24. März 2019 um 11.00 Uhr in Bluhm's Hotel in Kyritz statt. Der Eintritt ist frei!

Unter dem Motto »Vorsicht! Frau!« erhält sie Unterstützung durch Barbara Thalheim & Band.

Steht auf einer Postsendung »Vorsicht! Glas!«, wissen Überbringer und Empfänger: Man hat damit sorgsam umzugehen, denn was zerbricht, funktioniert nicht mehr.

In ihren Liedern und Geschichten über Frauen und solche, die es werden wollen oder nie sein werden, »randaliert die Berliner Liedermacherin wie eine Krähe und jubiliert wie eine Nachtigall« (Münchner Merkur).

Geben Sie mal das Wort *g e n d e r n* in den Internetduden ein. Sie werden gefragt: »meinen Sie kentern?« Dieses frappierende Beispiel künstlicher Intel-



ligenza war Thalheim und ihren Musikern allemal einen Song wert.

Dass aber von den 149 Staaten der Erde nur 13 Länder von Frauen als Staats- oder Ministerpräsidentinnen geführt werden, ist ein Abgesang auf das Frauenwahlrecht, oder?

Zwischenruf

Von Hans-Joachim Müller

Personalnot – ein selbst gemachtes Problem?

Egal, wo man hinsieht, alle Bereiche der deutschen Wirtschaft, aber auch Schulen, Kitas, Kliniken, Senioreneinrichtungen, Polizei, Justiz, Verwaltung und Bundeswehr, klagen über einen bedrohlichen Personalmangel.

Nun versucht man, diese Misere durch ausländische Arbeitskräfte abzumildern. Es gibt aber hierbei nicht nur sprachliche Barrieren, die sich besonders im Gesundheits- und Bildungswesen, aber auch bei Verwaltung und Polizei, gravierend auswirken können. Nein, es gibt auch ein solidarisches Problem.

So will die Bundesregierung Informationstechnik (IT)-Spezialisten, Ingenieure, Ärzte u. a. Spezialisten anwerben (»Wir nehmen nur noch die Ausländer, die uns einen Vorteil bringen«). Was passiert aber in deren Herkunftsländern? Diese verlieren ihre Spezialisten, werden in ihrer Entwicklung gehemmt und vom technischen Fortschritt abgeschnitten.

Dass es in Deutschland zu wenig Fachkräfte gibt, ist auch (zumindest im Osten) der verfehlten Politik der Nachwendezeit geschuldet. Tausende Schulabgänger fanden in den 90er Jahren keinen Ausbil-

dungsplatz, sie hielten sich mit irgendwelcher Beschäftigung über Wasser und arbeiten heute als Hilfs- bzw. Zeitarbeiter. Die unsoziale Familienpolitik der damaligen Zeit verursachte einen Rückgang der Geburten.

Wenn man sich die heutige »Anwerbspolitik« Deutschlands ansieht, so ergeben sich eine Reihe von Fragen, auf die der Bürger eine Antwort erwartet. Die Bundeswehr z.B. prüft die Öffnung für EU-Ausländer. Da ergibt sich für mich die Frage: Soll die Bundeswehr eine Art Söldnerarmee werden? Aber auch die Altenpflege jammert mächtig, da im vorigen Jahr fast 40.000 Stellen unbesetzt blieben. Ja, wenn der Nachwuchs seine Ausbildung selbst bezahlen muss, ist das doch kein Wunder.

Nun denkt man (auch in Brandenburg), dass der Lehrermangel mit Quereinsteigern zu bewältigen sei. Doch tausende Eltern protestieren dagegen, dass ihre Kinder zwar von examiniertem, aber eben pädagogisch ungeschultem Personal unterrichtet werden.

Will man der aktuellen und drohenden Personalnot in Deutschland begegnen, so müssen sich unsere Politiker neue Modelle einfallen lassen. Wenn es z. B. in Deutschland so viele Beamte und Verwaltungsangestellte wie in keinem anderen vergleichbaren Land gibt, wird man wohl fragen dürfen, ob hier alles richtig läuft.

Kommentar

Ein wichtiges Jahr

Europa- und Kommunalwahlen im Mai, dann im September die Landtagswahlen, das sind die großen Herausforderungen, vor denen wir als LINKE in diesem Jahr stehen.

Mit unseren bisher beschlossenen Wahlprogrammen sehen wir uns gut aufgestellt. Jedoch kommt es jetzt darauf an, diese im Wahlkampf den Bürgern näher zu bringen, die Bürger von der Wahrhaftigkeit unserer Politik zu überzeugen.

Dass dies nicht immer einfach ist, zeigte die Vergangenheit. Als mitregierende Partei in Brandenburg mussten wir oft anders agieren, als wir es noch zu Oppositionszeiten konnten. Aber auch in den Kommunalparlamenten wurden die Grenzen deutlich. Ein angestrebter Politikwechsel im Kreis wurde unmöglich gemacht.

Jetzt kommt es darauf an, eine Politik zu machen, die auch beim Bürger ankommt, wo er nicht nur spürt, sondern auch merkt, dass sich durch uns etwas zum Positiven für ihn verändert.

Hier tragen unsere Vertreter in den Gemeinde-, Stadt- und Kreisparlamenten eine große Verantwortung, die ihnen keiner abnehmen kann. Darüber sollte sich jede Genossin und jeder Genosse, der kandidiert, im Klaren sein.

Wir müssen, und das fordern wir seit langem, den Bürgern besser zuhören und ihnen unsere Politik verständnisvoller erklären. Es bringt nichts, wenn wir von Globalisierung reden, aber der Wähler nichts damit anzufangen weiß. Es ist festzustellen, dass sich immer mehr Bürger politisch sehr wenig interessieren. Diese sind dann anfällig für braune Rattenfänger wie die von der AfD.

Auch dürfen wir nicht zulassen, dass Ostdeutsche immer noch als Bürger 2. Klasse betrachtet und behandelt werden. Wenn Bürger der neuen Bundesländer im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbewegung unter dem Motto »Integriert uns doch erst einmal« demonstrieren, dann sind das keine Rechten, nein, das sind frustrierte Bürger, die sich von niemandem vertreten fühlen - hier muss unser politischer Ansatz sein. Wenn ein Bürger einem Abgeordneten seine Probleme schildert, erwartet er von diesem eine Antwort. Unterbleibt das, dann rennt er den Plakaten der AfD und PEGIDA hinterher.

hjm

Eine interessante Mischung

Menschen verschiedenster Bereiche stellen sich vielen neuen Herausforderungen

Am 26. und 27. Januar 2019 fand in Wildau die Vertreter*innenversammlung der LINKEN des Landesverbandes Brandenburg statt, um die Landesliste mit 40 Kandidaten für die Landtagswahl im September zu wählen. Natürlich waren auch unsere vier Vertreterinnen und Vertreter vor Ort, um mit unseren beiden Kandidaten für die besten Plätze zu streiten. Unseren Kreisverband vertraten Kerstin Brendler, Sylvia Zienecke, Justin König und Paul Schmudlach.

Doch bevor es um die Landesliste ging, stimmte uns unsere Landesvorsitzende Anja Mayer auf das bevorstehende Wahljahr ein. Als Spitzenkandidaten werden uns der Gewerkschaftssekretär Sebastian Walter aus dem Barnim und die Lehrerin Kathrin Dannenberg aus der Lausitz anführen. In ihren Reden erwähnten sie besonders die Erfolge der letzten 10 Jahre unter Rot-Rot und gaben das Ziel aus, dass ohne DIE LINKE im September keine Regierung gebildet werden dürfe. An uns darf es keinen Weg vorbei geben, führte Sebastian Walter dazu aus. Wir wollen all das verteidigen, was wir bisher erreicht haben - und noch viel mehr für die Men-

schen in Brandenburg erreichen, ergänzte Kathrin Dannenberg.

Auch unsere beiden Kandidaten hielten starke Bewerbungsreden, in denen es bei Ronny Kretschmer besonders um sein Steckenpferd, die Gesundheitspolitik, und um seine Tätigkeit der letzten Jahre als Landesschatzmeister ging.

Dieter Groß führte seine Erfahrungen an, die er bereits im Landtag sammeln konnte. Er würde sich sehr darüber freuen, bei einem Einzug ins Parlament den Alterspräsidenten stellen zu können.

Nach Abschluss der Wahlen erreichte Ronny Kretschmer Listenplatz 8 in den Einzelwahlen der ersten 20 Plätze, Dieter Groß Listenplatz 28 im Poolverfahren ab Platz 20. Beide Kandidaten konnten sich also in ihren Wahlgängen einen guten



V.l.n.r.: Dieter Groß, Kerstin Brendler, Ronny Kretschmer, Justin König, Sylvia Zienecke und Paul Schmudlach Foto: DIE LINKE. Brandenburg

Platz sichern, was zeigt, dass die Genossen aus OPR im Landesverband durchaus überzeugen können.

Jetzt wird es an uns liegen, mit unseren Kandidaten den bestmöglichen Wahlkampf zu bestreiten, um im September auch dem Landkreis OPR in Potsdam wieder eine soziale Stimme zu verschaffen.

*Paul Schmudlach
Kreisvorsitzender*

Kalenderblatt

100. Jahrestag des Spartakusaufstandes

Die Novemberrevolution von 1918 beseitigte das deutsche Kaiserreich. Als provisorische Reichsregierung wurde der »Rat der Volksbeauftragten« gebildet, der aus je drei Vertretern der MSPD (Mehrheitssozialdemokratische Partei) und der USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei) bestand. Friedrich Ebert (MSPD) führte diese Regierung.

Ausgelöst wurde der Aufstand durch die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) am 4. Januar 1919 durch Ebert. Noch am gleichen Tag rief der Vorstand der Berliner USPD zusammen mit den Revolutionären Obleuten zu einer Demonstration für den folgenden Tag auf, um die anstehenden Wahlen zur Nationalversammlung zu verhindern.

Die Demonstration am 5. Januar übertraf vom Umfang her alle Erwartungen, bewaffnete Demonstranten besetzten das Berliner Zeitungsviertel. Die Führung

der Obleute, der USPD und der KPD bildeten am Abend des 5. Januar einen »Revolutionsausschuss«, einer der drei Vorsitzenden war Karl Liebknecht. Der »Revolutionsausschuss« rief für den 7. Januar die Berliner Arbeiter zu einem Generalstreik und zum Sturz der Regierung Ebert auf. In den folgenden Tagen konnte sich der Ausschuss nicht auf das weitere Vorgehen einigen.

Die einen forderten den bewaffneten Aufstand, die anderen Verhandlungen mit der Regierung Ebert.

Am 7. Januar übergab Ebert den Oberbefehl der Truppen in Berlin an Gustav Noske, es wurden weitere Freikorps aufgestellt. Am 10. Januar überfiel die »Brigade Reinhard« das Hauptquartier der Spartakisten in Spandau, am 11. Januar stürmten Freikorps das besetzte Zeitungsviertel und schlugen den Aufstand blutig nieder. Über 100 Aufständische und unbeteiligte Zivilisten wurden erschossen.



Luxemburg-Liebknecht-Ehrung 2019

Foto: DIE LINKE

Nach Aufrufen wie »Schlagt ihre Führer tot!« und dem Aussetzen einer hohen Belohnung mussten die Führer der Spartakisten um ihr Leben fürchten und untertauchen. Am Abend des 15. Januar wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von einer Bürgerwehr entdeckt, verhaftet und ins Hotel Eden gebracht. Dort hatte die sogenannte Garde-Kavallerie-Schützen-Division unter dem Offizier Waldemar Pabst ihr Hauptquartier. Auf dessen Befehl wurden Rosa und Karl ermordet.

Bundestagsreport

Mehr Stimme den Frauen!

Die erste Sitzungswoche des Bundestags 2019 hatte es inhaltlich in sich. Der Höhepunkt war ganz sicher die Gedenkstunde zu 100 Jahre Frauenwahlrecht, die uns alle erneut daran erinnert hat, dass die Gleichstellung der Geschlechter nie eine Selbstverständlichkeit war und selbst die demokratische Teilhabe von Frauen an Wahlen hart erkämpft werden musste. Dass es so lange möglich war, rund der Hälfte der Bevölkerung dieses Recht vorzuenthalten, lässt tief blicken. Und erst in der 11. Sitzung des neu gewählten Parlaments am 19. Februar 1919 durfte die erste Frau das Wort ergreifen: die Potsdamerin Marie Juchacz von der SPD. Ihre Anrede »Meine Herren und Damen« löste laut Protokoll Heiterkeit unter den Abgeordneten aus.

Ihre mutige Rede war beeindruckend. Auch weil sie in dieser historischen Rede nicht etwa Dankbarkeit für das gewährte Recht zeigte, sondern vielmehr darauf verwies, dass den Frauen dieses Recht bislang vorenthalten wurde. Dieser Vorgang ist aber auch insofern bemerkenswert, dass in Deutschland nur nachvollzogen wurde, was in anderen Ländern längst selbstverständlich war. Als erstes Land weltweit hatte Neuseeland das Frauenwahlrecht eingeführt. Bereits am 28. November 1893 konnten dort über 90.000 Frauen ihre Stimme abgeben. Allerdings wählbar waren Frauen auch dort erst 1919 und es dauerte noch bis

1933, bis die erste Frau auch tatsächlich ins Parlament gewählt wurde.

Und hier wird die Diskussion zur demokratischen Teilhabe aller Menschen sehr aktuell und spannend. Denn die formale Möglichkeit, zu wählen oder gewählt zu werden, bedeutet noch lange nicht, dass Frauen auch zur Wahl antreten und noch viel weniger, dass sie auch gewählt werden.

Mehr Frauen als Männer nur bei Grünen und LINKEN

Der aktuelle Bundestag ist sogar der Beweis, dass die Entwicklung zur Parität der Geschlechter nicht nur nicht schnell genug vorankommt, sondern rückläufig ist. Mit 31% ist der Frauenanteil in der 19. Wahlperiode so gering wie nach den 1990er Jahren nicht mehr. Nur bei den Grünen (39 zu 28) und den LINKEN (37 zu 32) sitzen mehr Frauen als Männer in den Fraktionen. Selbst bei der SPD ist das Verhältnis 64 zu 89, ganz zu schweigen von der AfD, in deren Fraktion nur 10 Frauen neben 83 Männern sitzen. Und das, obwohl seit 1994 in Artikel 3 GG (Grundgesetz) nicht nur festgeschrieben ist, dass »Männer und Frauen« (man beachte die Reihenfolge der Nennung) gleichberechtigt sind, sondern dass der Staat die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung fördert und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirkt.

Links tut gut

Brandenburg ist erstes Bundesland mit Parité-Gesetz

Und hier wird es noch mal hochaktuell und spannend, denn es geht um weit mehr als eine formale Rechtsfrage, sondern darum, wie dieser Grundsatz mit Leben erfüllt wird, der immerhin im Grundrechtsteil des Grundgesetzes festgeschrieben wurde – übrigens auch das musste schwer erkämpft werden.

Natürlich hat die Unterrepräsentanz von Frauen in Parlamenten und an anderen Schaltstellen der Gesellschaft viele Gründe. Aber dass weite Teile der Politik immer noch von Machos und Silberrücken dominiert werden, gehört ganz sicher ebenso dazu wie viele diskriminierende Alltagsrealitäten. Dass man diese Ungleichheit mit Ungleichheit, nämlich z. B. der Mindestquotierung für Frauen auf Wahllisten überwinden kann, zeigen LINKE und Grüne. Deshalb ist es gut und richtig, wenn dies mit Stimmen von LINKEN, SPD und Grünen in Brandenburg nun auch konsequent in einem so genannten Parité-Gesetz für alle festgeschrieben wird. Und wer hier Verfassungsbruch ruft, sollte Art. 3 Grundgesetz noch mal genau lesen.

Kirsten Tackmann, MdB

Ortsvorsteher dringend gesucht

Ortsteile sollten ihre Interessen gegenüber der Gemeinde vertreten!

Der Hauptamtsleiter der Gemeinde Wusterhausen hat uns über eine Änderung der Hauptsatzung informiert. Diese hat zur Folge, dass bei der kommenden Kommunalwahl am 26. Mai 2019 in Sechzehneichen kein Ortsvorsteher gewählt werden kann.

Diese Entscheidung beruht auf einer Regelung in der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (§ 45, Abs. 3). Demnach wird ein Ortsteil, in dem es bei vergangenen Kommunalwahlen zwei Mal hintereinander nicht gelungen ist, einen Ortsvorsteher zu wählen, als Ortsteil ohne Ortsteilvertretung eingestuft. Dabei ist es unerheblich, ob zwischendurch ein Ortsvorsteher tätig war, der von der Gemeindevertretung gewählt wurde.

Entscheidend ist die zweimalige nicht erfolgte Direktwahl durch die Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils.

Leider ist uns kein Verfahren bekannt, diese Einstufung wieder rückgängig zu machen, wenn in den kommenden Jahren wieder Interesse an einer Ortsteilvertretung besteht. Hier sollte bei der anstehenden Überarbeitung der Kommunalverfassung noch eine eindeutige Regelung getroffen werden.

Das macht noch einmal deutlich, wie wichtig es ist, die Kandidaturen von Ortsvorstehern für alle Ortsteile abzusichern, gerade in den Orten, in denen das bei der vergangenen Kommunalwahl schon nicht gelungen ist. In unserer Gemeinde betrifft dies die Ortsteile Blankenberg,



Ganzer und Tramnitz. Wenn auch bei den kommenden Kommunalwahlen in diesen Ortsteilen kein Ortsvorsteher direkt gewählt wird, ereilt sie das gleiche Schicksal wie jetzt Sechzehneichen.

In unseren Ortsteilen sind die Ortsvorsteher die Personen, die die Interessen der Ortsteile gegenüber der Gemeinde vertreten. Das ist eine nicht zu unterschätzende Mitwirkungsmöglichkeit, auf die kein Ortsteil verzichten sollte.

Petra Buschke
Wusterhausen

Aus der Landtagsfraktion berichtet

Kommunen sollen profitieren*Sonderabgabe an Gemeinden für Windkraftanlagen vorgeschlagen*

Der im Rahmen der Energiewende notwendige weitere Ausbau der Windenergie führt im Land Brandenburg zu immer größeren Widerständen in der Bevölkerung und den Kommunen im Umkreis von Windkraftanlagen. Die Frage vieler Bürgermeisterinnen und Bürgermeister »Was hat die Kommune davon?« kann bisher kaum beantwortet werden. Unsere Aufgabe im Landtag ist es, Antworten zu geben, wie der weitere Windenergiezubaue sozial und naturverträglich gestaltet werden und seine Notwendigkeit den vor Ort Betroffenen besser als bisher vermittelt werden kann. Die mit der Windenergie verbundenen

Chancen für die Entwicklung ländlicher, oft strukturschwacher Regionen müssen für die Menschen greifbarer werden.

Letztlich geht es um die Absicherung der Akzeptanz nicht nur der Windener-

DIE LINKE. **im Parlament**

gie, sondern der Energiewende insgesamt – und zwar dort, wo sie für jedermann unübersehbar stattfindet. Deshalb haben wir einen Gesetzentwurf zur Zahlung einer Sonderabgabe an Gemeinden im Umfeld von Windenergieanlagen auf den Weg gebracht (vgl. Drucksache 6/10392). Mit dem Gesetz soll eine jährliche Pflicht

der Betreiber aller neu zu errichtenden Windenergieanlagen, die einer Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz bedürfen, zur Zahlung einer Sonderabgabe von jährlich 10.000 Euro je Windkraftanlage an die betroffenen Gemeinden festgeschrieben werden. Ziel ist es, die Akzeptanz für Windkraftanlagen zu erhöhen und die regionale Wertschöpfung zu steigern.

Wenn die Brandenburgerinnen und Brandenburger merken, dass zum Beispiel ihre Kita aus der Beteiligung an Projekten der Produktion erneuerbarer Energien mitfinanziert wurde, wird dies die notwendige Akzeptanz steigern helfen.

Thomas Domres, energiepolitischer Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE

Höherer Mindestlohn nötig*Arbeit im öffentlichen Auftrag – gut bezahlen*

Kinderarmut heißt Elternarmut und resultiert oft aus zu niedrigen Löhnen. Hier hat die Landespolitik zwar nur wenig Spielraum, doch diesen nutzen wir mit dem Brandenburgischen Vergabegesetz. Der Mindestlohn bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll von derzeit 9,00 Euro auf 10,50 Euro pro Stunde angehoben werden. Regelmäßige Steigerungen sind vereinbart. Damit auch im Alter die Rente zum Leben reicht, sind weitere Steigerungen zwingend notwendig. Das Bundesarbeitsmini-

sterium hat jüngst ausgerechnet, dass ein vollbeschäftigter Arbeitnehmer, der 45 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlt, mindestens 12,63 Euro pro Stunde erhalten muss, um später nicht auf Sozialleistungen zur Grundsicherung angewiesen zu sein.

Der bundesweit geltende gesetzliche Mindestlohn beträgt dagegen nur 9,19 Euro. Deshalb wollen wir auf Landesebene weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, um schnellstmöglich einen Mindestlohn durchzusetzen, der Lohn und Rente

oberhalb der Armutsgrenze garantiert. Darüber hinaus dienen angemessene Löhne ganz wesentlich auch der Fachkräftesicherung.

Wenn es uns nicht gelingt, attraktivere Arbeitsbedingungen in Brandenburg zu bieten, wird der Fachkräftemangel weiter zunehmen und die positiven Entwicklungen im Land in den kommenden Jahren empfindlich abbremsen.

Matthias Loehr, wirtschaftspolitischer Sprecher unserer Fraktion

Neues aus dem Kreistag

Bildungs- und Investitionsfonds für Kommunen abgelehnt*LINKE und CDU stimmten dem nicht zu*

In Vorbereitung der Landratswahlen verständigten sich die Fraktionen von CDU, DIE LINKE, Bauern und einige unabhängige Wählergruppen darüber, einen Bildungs- und Investitionsfonds in Höhe von einem Prozent des Hebesatzes der Kreisumlage zu schaffen, um dem Amt Neustadt zu helfen, ihre Schule wegen fehlender Finanzierungsmittel endlich zu sanieren. Als Hilfe waren 2,4 Mill. Euro vorgesehen. Diese Finanzierungslücke trat auf, weil es keine Mittel aus dem Fördertopf »Gemeinsames Lernen« für diese Schule gab, da sie schon danach arbeitete. Dieses Geld sollte dann vom

Landkreis vorgestreckt und über Kredite zurückgezahlt werden. Der entsprechende Kreistagsbeschluss wurde am 27.09.2018 mehrheitlich gefasst. Zuerst unterstützten auch die Bürgermeister und Amtsdirektoren mehrheitlich dieses Ansinnen. Nach dem Kreistagsbeschluss wandten sich viele öffentlich dagegen.

Der Haushalt wurde eingebracht und die Senkung der Kreisumlage diskutiert. Im Ergebnis dessen wurde vorgeschlagen, die Kreisumlage von 44 auf 41% zu senken und auf den Bildungs- und Investitionsfonds zu verzichten. Dazu gab es dann im Kreistag mehrere

Anträge, so von der Fraktion der Bauern/freie Wähler/FDP, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Vorlage der Kreisverwaltung.

Das Ergebnis am 13.12.2018 im Kreistag war aus meiner Sicht bezeichnend. Den Bildungs- und Investitionsfonds, egal für welche Kommune, wird es nicht mehr geben. Jede Kommune steht auch in Zukunft für sich allein. Die Kreistagsfraktionen der LINKEN und der CDU stimmten dem Vorschlag auf Verzicht des Fonds nicht zu.

*Rita Büchner
Fraktionsvorsitzende*

Schüler erleben Demokratie hautnah

Stadtverordnete und Schüler verwirklichen Demokratie-Projekt



Foto: Politik zum Anfassen e.V.

Vom 26.-28. November 2018 fand für die 7. Klassen der evangelischen Schule und des Schinkel-Gymnasiums das Demokratieprojekt »Pimp Your Town« (»Motze deine Stadt auf«) statt. Die Schüler erarbeiteten in fiktiven Fraktionssitzungen und fiktiven Ausschüssen verschiedene Anträge, welche sie dann in die fiktive Stadtverordnetenversammlung einbrachten und beschlossen.

Von der Stadtfraktion der LINKEN nahmen Paul Schmudlach und ich teil. Um den

Schülern eine realistische Atmosphäre zu vermitteln und einen realistischen Ablauf zu simulieren, habe ich als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung Neuruppin diese fiktive Stadtverordnetenversammlung der Schüler geleitet.

Der Bürgermeister, die teilnehmenden Abgeordneten und ich

waren sehr positiv beeindruckt von der aktiven Teilnahme und den inhaltlichen Diskussionen der Schüler. Sie haben uns gezeigt, welch großes Interesse sie an einer zukunftsweisenden Entwicklung unserer Fontanestadt Neuruppin haben. Sie können sachliche Kritik üben und diese mit realisierbaren Änderungsvorschlägen verbinden. Ich denke beispielsweise an die Anträge:

• »Mülleimer mit Trennungsmöglichkeiten«

- »Zebrastreifen vor Schulen«
- »Graffitiwand für die Stadt«
- »Mehr Technik an Schulen«
- »Trinkbrunnen«
- »Seilbahn« – Spiel- und Sportplätze für ältere Menschen
- »Internet in der Stadt Neuruppin«
- »Sommerfest« und
- »Mobbing«

Die Abgeordneten werden die Vorschläge der Schüler in ihre Fraktionen mitnehmen und überlegen, welche davon wie umgesetzt werden können. In einem zusätzlichen Grußwort der Broschüre mit den Ergebnissen dieses Demokratie-Projektes habe ich die Schüler eingeladen, sich auch zukünftig aktiv in das politische Leben Neuruppins einzubringen, zum Beispiel durch Kontaktaufnahme zum Bürgermeister, zu den Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung sowie zu mir, durch Mitwirkung im Jugendbeirat der Stadt und Teilnahme an den Einwohnerfragestunden in den Fachausschüssen.

Gerd Klier

Vorsitzender der StVV Neuruppin

Vier linke Frauen aktiv im Kreistag

100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland hart erkämpft

Nach Ende des ersten Weltkrieges und dem Scheitern der Novemberrevolution wird am 30. November 1918 das Frauenwahlrecht Gesetz, »Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten« (Artikel 109, Abs. 2 der Weimarer Verfassung).

Am 19. Januar 1919 konnten Frauen zum ersten Mal in Deutschland wählen und gewählt werden. 300 Frauen kandidierten für die insgesamt 423 Plätze zur Nationalversammlung. 37 Frauen schafften den Einzug. Marie Juchacz sagte damals: »Was die Regierung getan hat, war eine Selbstverständlichkeit. Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bisher zu Unrecht vorenthalten worden ist«.

Bis dahin war es ein weiter Weg. 1886 organisierte Minna Cauer, Pädagogin und Journalistin aus Berlin, die erste internationale Frauenkonferenz mit über 400 Teilnehmerinnen. Als Rednerin wurde Clara Zetkin eingeladen. Diese trat für die grundsätzliche Gleichberechtigung der Geschlechter ein. Sie sah die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen als wich-

tige Voraussetzung für das Stimmrecht. Gemeinsam mit der Sozialistin Käthe Duncker wurde eine Resolution verabschiedet, jährlich den Frauentag zu veranstalten. Auf dem ersten internationalen sozialistischen Frauenkongreß 1907 in Stuttgart forderte Clara Zetkin u.a. das allgemeine Frauenwahlrecht. Für dieses Ziel gingen bereits 1911 weltweit über eine Million Frauen auf die Straße.

1920 wird Clara Zetkin die erste Abgeordnete der KPD im Reichstag. Als sie im Jahre 1932 als Alterspräsidentin den letzten frei gewählten Reichstag eröffnete, hatte die NSDAP bereits die Mehrheit.

Im aktuellen Deutschen Bundestag sind 219 Frauen vertreten. Die Partei DIE LINKE stellt 37 Frauen, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 39 und CDU/CSU haben nur 49 Frauen, aber 197 Männer.

Im jetzigen Kreistag des Landkreises OPR sind insgesamt 47 Abgeordnete vertreten, davon sind 11 Frauen. Für die CDU sind das eine Frau, für die SPD und DIE LINKE je vier und für die Grünen zwei Frauen – das sind nur 23,4 %. Unsere

Frauen sind Dr. Kirsten Tackmann, Ilona Reinhardt, Sylvia Zienecke und ich, Rita Büchner. Deshalb müssen wir Frauen viel mehr leisten, um in diesem Kreistag überhaupt wahrgenommen zu werden. Aber wir lassen uns nicht kleinkriegen.

Rita Büchner

Fraktionsvorsitzende

Auch bei der **23. Hilfsaktion »Sterntaler«** von MAZ, Volkssolidarität und Sparkasse OPR war unser Kyritzer Stadtverordneter Dieter Groß (DIE LINKE) wieder ganz vorn mit dabei.

Seine beiden Sammel-Schweine waren am Besten gefüllt und erbrachten die stolze Summe von 954 Euro – Glückwunsch!

Wir bedanken uns bei allen Spendern!



60 Jahre kubanische Revolution

Ab 1868 machten sich die Kubaner auf den Weg in die Unabhängigkeit. Eine weitere Etappe war der zehnjährige Krieg unter Führung von Marti gegen den spanischen Kolonialismus. Dieser Krieg endete mit einer US-amerikanischen Intervention und einer militärischen Besetzung. Die danach eingesetzten Regierungen waren korrupt, unterwürfig und handelten im Interesse der USA. Viele Revolutionäre wurden in Folge auf brutale Weise umgebracht.

Am 26. Juli 1953 begann unter Führung von Comandante en jefe Fidel Castro der Sturm auf die Kasernen von Moncada und Carlos Manuel de Cespedes. Es folgte ein Bürgerkrieg, das von der USA installierte Batista-Regime brach zusammen. Die Bilanz: 3.478 Tote und 2.099 Invaliden. Am 8. Januar 1959 sagte Fidel Castro in

Havanna: »Die Diktatur ist gestürzt, die Freude ist immens und dennoch ist noch viel zu tun. Täuschen wir uns nicht, indem wir glauben, dass von nun an alles leicht sein wird, vielleicht wird es in Zukunft schwieriger sein.«

In den 60 Jahren danach wurde Kuba keine Minute Ruhe gegönnt. Das Land hatte es mit 12 US-Regierungen zu tun, von denen keine je aufgehört hat, auf die eine oder andere Weise, mit mehr oder weniger Aggressivität, einen Systemwechsel in Kuba erzwingen zu wollen. Es waren kommerzielle und finanzielle Blockaden sowie andere politische und diplomatische Maßnahmen, um die Republik Kuba zu isolieren. Im vergangenen Jahr belief sich der Schaden für willkürliche Maßnahmen gegen die kubanische Wirtschaft pro Tag auf 12 Mill. US-Dollar.

Auch nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers ging Kuba seinen Weg unbeirrt weiter. Kostenloser Zugang zur Bildung und zum Gesundheitswesen sind nur zwei von vielen Beispielen, die weitergeführt werden.

Solidarität mit anderen Ländern ist Kuba eine Herzensangelegenheit. So schickte es insgesamt 347.700 kubanische Ärzte und medizinisches Personal zur Unterstützung in andere Länder, 27.200 junge Menschen wurden zu Fachkräften ausgebildet.

Was ist der Erfolg der kubanischen Revolution? Sie baut auf die Jugend und die Einheit der Generationen.

Rita Büchner

(gelesen in der deutschen Ausgabe der kubanischen Zeitschrift »GRANMA INTERNATIONAL«)

May, Europa und drei Lehren

Aus einem Beitrag von Helmut Scholz, Mitglied des Europäischen Parlaments:

»Mit dem Nein des britischen Unterhauses zum Vorschlag für den EU-Austrittsvertrag haben nun endgültig alle verloren: die Menschen im Vereinigten Königreich, Premierministerin Theresa May und nicht zuletzt EU-Europa«, kommentiert Helmut Scholz (DIE LINKE), Mitglied in den beiden für den Brexit federführenden Ausschüssen des Europaparlaments (AFCO und INTA), die Abstimmung des britischen Unterhauses.

Helmut Scholz weiter: »Natürlich muss die Entscheidung der Mehrheit der britischen Bürger*innen akzeptiert werden. Aber wer die unmittelbar Leidtragenden der Entscheidung sind, ist bereits heute klar: Es sind vor allem die etwa fünf Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die im Vereinigten Königreich oder in den EU-Mitgliedstaaten leben und die in eine rechtlich prekäre Situation geraten werden. Die mit der EU-Mitgliedschaft ihrer Staaten erworbenen fundamentalen Bürgerrechte würden einfach verschwinden und es gäbe auch keine Instrumente mehr, diese einzuklagen.«

»Wie auch immer aber die konkrete Ausgestaltung des Brexits aussehen wird und auf welche nächsten Schritte sich die politischen Akteure auf der Insel in den nächsten Tagen verständigen können – EU-Europa muss Lehren ziehen,

die weit über den ‚Fall Großbritannien‘ hinausgehen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil eine Politik, die den Interessen der Bürger*innen verpflichtet ist, nicht nur Aufgabe der EU als Ganzes, sondern auch der Regierungen ihrer Mitgliedstaaten sein muss.«

»Lehre eins: Nationale Egoismen, vertreten von Politikerinnen und Politikern, denen innenpolitischer ‚Stimmenfang‘ und die eigene Karriere wichtiger sind als gemeinsame europäische Interessen und v.a. gemeinschaftliche Entscheidungsprozesse, bedrohen die Zukunft der EU.

Ja, viel ist zu kritisieren und noch mehr zu verändern an den Zuständen in der EU, deren Politik und ebenso der ihrer Mitgliedstaaten – die europäischen Werte und Fortschritte müssen gegen nationalistische Populisten verteidigt werden, ob diese nun in London oder in Budapest, Prag oder Warschau sitzen.«

»Lehre zwei: Eine Europäische Union, deren konkrete Politik von Bürger*innen als Bedrohung ihrer sozialen Situation, ihrer Jobs und ihres gewohnten Lebensalltags wahrgenommen wird und auf Kürzungspolitik setzt, wird keine Zustimmung erhalten. Verbindliche Sozialstandards, angemessene Mindestlöhne, die Schaffung einer europäischen Sozialpolitik, die diesen Namen auch verdient, sind wichtige Schritte, um die Menschen wieder für Europa zu gewinnen.«

»Lehre drei: Europäische Politik auf allen Ebenen – vom EU-Rat bis zur Kommune muss zurück in den täglichen Dialog mit den Bürger*innen. Das heißt konkret, Entscheidungsprozesse sind konsequent transparent zu gestalten und durchzusetzen. Entsprechende Forderungen in Sonntagsreden von Regierungschefs und -Chefinnen reichen da nicht. Die Bürger*innen müssen mitreden und mitentscheiden können, nicht allein in Alibiveranstaltungen.

Das Europäische Parlament als demokratische Volksvertretung braucht endlich volle Rechte eines Parlaments, auch wenn dies den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten nicht gefällt. Und schließlich: Die EU benötigt die Akzeptanz der Menschen vor Ort, in den Regionen Europas. Das ist nur durch glaubwürdige Politik zu erreichen. Und wenn die Europäische Union dort sichtbar wird, wird die Europäische Idee – von Frieden, Erhaltung der Umwelt, Arbeit für alle, von sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Teilhabe – wieder stärker Fuß fassen.«

(AFCO ist der Ausschuss des Europaparlaments für Konstitutionelle Fragen und damit für Verfassungsangelegenheiten, d.h. in diesem Fall für den »Scheidungsvertrag« zuständig.

INTA ist der Ausschuss des Europaparlaments für Internationalen Handel und damit zuständig für den Vertrag zu den künftigen Beziehungen mit Großbritannien.)

Unser Konto für Spenden/Beiträge:

DIE LINKE. KV. OPR
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin

1.538 Unterschriften

Roddahner wehren sich

Die Bürgerinitiative (BI) »Roddahn MINUS Putenmast« übergab am 16. Januar die 1.538 gesammelten Unterschriften für die sofortige Schließung der Anlage in dem »Dorf der 30.000 Puten«.

Im Dezember 1999 wurde am Rand des Dorfes eine Putenmastanlage mit 21.000 Tieren in Betrieb genommen. Dafür nutzte man leerstehende Ställe einer ehemaligen DDR-Färsenaufzuchtanlage. Das Gelände der Putenmastanlage befindet sich am Dorfrand, jedoch

noch in Ortslage. Bei dem Betrieb handelt es sich nicht um einen ortsansässigen Betrieb. Thomas Storck ist Geschäftsführer des Betriebes und gleichzeitig der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Putenerzeuger.

2009 gründete sich, aufgrund der Vergrößerung der Anlage, die Bürgerinitiative. Die Geruchsbelästigung nahm im Dorf,

in dem sich auch eine Schule mit Kita befindet, zu. Die Tierschutzorganisation Animal Rights Watch offenbarte massive Tierschutz-Verstöße in Roddahn.

Im August 2018 wurde der Verein der BI gegründet. Kurz darauf suchte die Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann (DIE LINKE) das Gespräch mit den Roddahnern und versprach, sich für das Anliegen der BI einzusetzen.



Hedwig Wischner (r.) übergibt die Unterschriften an Minister Vogelsänger (2. v. l.); Carsten Preuß, für DIE LINKE im Landtag (2. v. r.) verfolgt die Übergabe

Die Bürgerinitiative

zog mit einem Demonstrationzug vom Potsdamer Hauptbahnhof zum Landtag, um vor Ort die Unterschriften an Minister Vogelsänger zu übergeben. Zum Abschluss schenkte die BI dem Minister eine Atemschutzmaske, damit er, wenn er sich vor Ort ein Bild machen wolle, keine Atembeschwerden bekommt.

Justin König

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10 - 12 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14 - 16 Uhr
Die. u. Do. 10 - 12 Uhr
Mi. 14 - 16 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10 - 12 Uhr
Do. 16 - 18 Uhr

Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete
Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08 - 15 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10 - 13 und 14 - 16 Uhr
Samstag 09 - 13 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Justin König**
Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag 10 - 12 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Samstag 09 - 13 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10 - 12 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09 - 15.30 Uhr
Mi. 09 - 12.00 Uhr
Do. 12 - 15.00 Uhr

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 20.02./20.03.	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 27.02./27.03.	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 04.03./01.04.	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Donnerstag, 07.03.19	Frauentagskaffee der Freundschaftsgesellschaft 15.00 Uhr, Alt Ruppin - Restaurant Seebad
Donnerstag, 07.03./04.04.	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Mittwoch, 11.03./01.04.	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 27.03./24.04.	Beratung des RV DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Mittwoch, 10.04.19	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Freitag, 12.04.19	Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Befreiung der Häftlinge des KZ Sachsenhausen 14.30-17.00 Uhr, Gedenkstätte Todesmarsch im Belower Wald

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin
V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: redaktionml@dielinke-opr.de
Redaktion : Christa Horstmann (ch-), Hans-Joachim Müller (hjm),
Jürgen Schubert (js)

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Fr., 22.03.2019
Erscheinungsdatum: Mi., 10.04.2019